

**Organisationseinheit:**  
Fachdienst Jugend und Familie

**Drucksachen-Nr.:**  
0496/2018

**Antragsteller:**  
FDP

**Datum:**  
31.01.2018

## Beschlussvorlage

### Mitwirkungspflicht bei der objektiven Altersfeststellung bei minderjährigen Flüchtlingen

#### Beratungsfolge:

Gremium	am	Status
Ausschuss Soziales, Gesundheit und Arbeit	19.02.2018	öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	23.02.2018	öffentlich
Kreistag	28.02.2018	öffentlich

#### Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss des Kreises Offenbach wird beauftragt, schnellstmöglich bei der objektiven Altersfeststellung minderjähriger Flüchtlinge eine deutlich verstärkte Mitwirkungspflicht zu implementieren und durchzusetzen. Grundsatz dieser Mitwirkungspflicht an der neutralen Feststellung des tatsächlichen Lebensalters soll sein, dass zukünftig bei begründeten Zweifeln am vorgetragenen Lebensalter als Volljähriger/Erwachsener behandelt wird, wer sein Alter nicht zweifelsfrei korrekt nachweisen kann und im Zweifelsfalle auch nicht bereit ist, durch eine Untersuchung zur Feststellung ihres/seines tatsächlichen Lebensalters beizutragen.

#### Begründung:

Der Deutsche Rechtsstaat knüpft an gesetzliche Rechtsfolgen (begünstigend oder belastend) grundsätzlich objektive Tatbestandsmerkmale. Die gilt in allen Rechtsbereichen sowie unbestritten. Vor diesem Hintergrund ist es evident, dass es sich um eine bedeutende integrations- sowie auch sicherheitspolitisch wesentlich wichtige Aufgabe des unvoreingenommenen Rechtsstaates handelt, das tatsächliche Alter von - vorgetragen - minderjährigen Flüchtlingen im begründeten Zweifelsfall neutral festzustellen.